

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
(10. Ausschuss)**

### **1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 16/4289 –**

**Agrarpolitischer Bericht 2007  
der Bundesregierung**

### **2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5599 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 16/4289 –**

**Agrarpolitischer Bericht 2007 der Bundesregierung**

#### **A. Problem**

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag (und dem Bundesrat) gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes jährlich einen Rechenschaftsbericht über die Situation der Landwirtschaft und hiermit verbundener Themen vor. Die Antragsteller nehmen die Vorlage dieses Berichtes zum Anlass, eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für die deutsche Landwirtschaft zu richten.

#### **B. Lösung**

Zu Nummer 1

**Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 16/4289**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/5599 mit den  
Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die  
Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5599.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/4289 den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/5599 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

**Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ulrike Höfken**  
Vorsitzende

**Peter Bleser**  
Berichtersteller

**Waltraud Wolff (Wolmirstedt)**  
Berichterstellerin

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichtersteller

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstellerin

**Cornelia Behm**  
Berichterstellerin

## Bericht der Abgeordneten Peter Bleser, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann, Cornelia Behm

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat

1. die Unterrichtung auf **Drucksache 16/4289** in seiner 102. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, Haushaltsausschuss, Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ausschuss für Gesundheit, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen und
2. den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/5599** in seiner 102. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1 (Drucksache 16/4289)

Der von der Bundesregierung vorgelegte Agrarpolitische Bericht 2007 beschreibt die Lage der Agrarwirtschaft und erläutert hierzu die Maßnahmen auf nationaler, EU- und internationaler Ebene.

Dabei werden in dem Bericht Maßnahmeschwerpunkte insbesondere in folgenden Bereichen gesetzt: Politik für ländliche Räume, Wettbewerbsfähigkeit, Marktpolitik, nachwachsende Rohstoffe, Agrarsozialpolitik, Forstpolitik, Umweltaspekte der Land- und Forstwirtschaft, Tiergesundheit und Tierzucht, Fischereipolitik sowie Internationale Agrar- und Ernährungspolitik.

Darüber hinaus beschreibt der Bericht haushaltspolitische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Haushalt des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Dem Bericht ist ein Anhang mit umfangreichen tabellarischen Zusammenstellungen und Auswertungen beigelegt.

Zu Nummer 2 (Drucksache 16/5599)

Nach Auffassung der Antragsteller belege der Agrarpolitische Bericht 2007, dass grüne Agrarpolitik für die deutsche Landwirtschaft positive Entwicklungen nach sich gezogen habe. Dieser Entwicklung entziehe die Bundesregierung durch falsche Entscheidungen, wie z. B. durch das Biokraftstoffquotengesetz, durch die von der schwarz-roten Bundesregierung zu verantwortende Reduzierung der Mittel für die zweite Säule, durch das mangelnde Interesse für die Öko-Landwirtschaft und durch die geplante Aufweichung der Schutzregelungen im Gentechnikgesetz, nunmehr das Fundament.

Auch die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angedachte Verlängerung des Berichtszyklusses für den Agrarbericht auf einmal pro

Legislaturperiode verhindere, sich regelmäßig mit Grundsatzzfragen der Agrarpolitik kritisch auseinanderzusetzen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher im Wesentlichen auf, Fehlentwicklungen zu korrigieren, die Entwicklung der ländlichen Räume zu fördern, sich für eine Erhöhung der obligatorischen Modulation auf 10 Prozent einzusetzen, die Öko-Landwirtschaft zu stärken, die Schutzregelungen des Gentechnikgesetzes aufrechtzuerhalten, die Besteuerung von reinen Biokraftstoffen bis Ende 2009 aufzuheben sowie den Berichtszyklus für den Agrarbericht so wie bisher jährlich zu belassen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse zu der Drucksache 16/4289

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4289 in seiner 74. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4289 in seiner 52. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4289 in seiner 62. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4289 in seiner 64. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat zu der Vorlage auf Drucksache 16/4289 kein Votum abgegeben.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4289 in seiner 47. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 16/4289 in seiner 42. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt einstimmig Kenntnisnahme ohne Aussprache.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat beide Vorlagen in seiner 56. Sitzung am 24. Oktober 2007 abschließend behandelt.

Zu Nummer 1 (Drucksache 16/4289)

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/4289 in seiner 56. Sitzung am 24. Oktober 2007 ohne Beratung einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zu Nummer 2 (Drucksache 16/5599)

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/5599 in seiner 56. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die große Koalition aus CDU, CSU und SPD das Fundament für eine nachhaltige Agrarpolitik nicht ausheble, sondern weiterentwickle. So würden im Haushalt Gelder für die Forschung zur Verfügung gestellt. Die Reduzierung der Mittel für die 2. Säule beruhe auf Verhandlungsergebnissen, an die man gebunden sei. Zudem gäbe es weiterhin Fördermaßnahmen auf dem Biomarktsektor. Auch der Schutz vor gentechnisch veränderten Produkten werde durch die Novellierung des Gentechnikgesetzes gewährleistet.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass die Entwicklung auf dem Agrarmarkt insgesamt positiv sei. Der Sektor sei enorm ertragsfähig und liefere hohe Qualität. Das Exportvolumen liege bei 40 Mrd. Euro. Negativ zu bewerten sei, dass die Koalition die gut funktionierende Branche des Biodiesels heruntergewirtschaftet habe. Ferner habe sich die Saisonarbeiterregelung nicht bewährt, insbesondere die Nichtgewährleistung der Freizügigkeit sei kurzfristig. Mehr Investitionen in die 2. Säule lehne sie ab. Weiterhin verstoße der Umgang mit der Gentechnik gegen den Koalitionsvertrag. Gentechnik sei unverzichtbar. Durch das jetzige Vorgehen würden insbesondere Forschungsinstitutionen massiv eingeschränkt.

Die **Fraktion DIE LINKE**. sprach sich für einen jährlichen Agrarbericht aus, der sich in Zukunft mehr mit der Bedeutung der Betriebe im ländlichen Raum für die Arbeitsplatzsituation beschäftigen soll. Immerhin verliere man jedes Jahr 3,5 Prozent der Betriebe, im Osten sogar 20 Prozent. Das sei Auswirkung der Modulation bzw. deren Mindestgrenzen. Es müsse sich deshalb in der EU dafür eingesetzt werden, dass es keine Degression der Mittel für diesen Bereich gebe. Die Strafbesteuerung sowie den Beimischungszwang bei Biokraftstoff lehne sie ab. Man müsse darüber reden, ob es sinnvoll sei, Äcker in dieser Größenordnung für den Anbau von nachwachsenden Energierohstoffen zu nutzen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begründete ihren Entschließungsantrag damit, dass die grüne Agrarpolitik der ehemaligen Regierungskoalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Agrarwende eingeleitet habe, die Wirkung zeige. Die von ihnen gesetzten Rahmenbedingungen für die Bioenergien hätten sich bewährt. Auch sei in der Landwirtschaft erfolgreich auf Qualitätsproduktion gesetzt worden. Die jetzige Regierung habe nun den Hebel umgelegt. Das Biokraftstoffquotengesetz behindere die Entwicklung auf diesem Sektor. Zudem führe die Reduzierung der Mittel für die 2. Säule zu einer Behinderung der Entwicklung auf dem Biomarkt. Sie fordere die Sicherstellung von Qualität und Gentechnikfreiheit der Agrarprodukte.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/5599 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

**Peter Bleser**  
Berichterstatter

**Waltraud Wolff (Wolmirstedt)**  
Berichterstatterin

**Hans-Michael Goldman**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Cornelia Behm**  
Berichterstatterin





